

Veith Selk Demokratie- dämmerung

**Eine Kritik
der Demokratietheorie
suhrkamp taschenbuch
wissenschaft**

suhrkamp taschenbuch
wissenschaft 2417

»In der Theorie vielleicht eine gute Idee, versagt nur leider in der Praxis!« Was früher vom Kommunismus gesagt wurde, gilt heute für die Demokratie – sie wirkt zunehmend unglaubwürdig. Veith Selk zeigt in seinem scharf analysierenden Buch, warum sowohl die demokratische Politik als auch die sie begleitenden Demokratietheorien an der Wirklichkeit scheitern. Zwei Thesen werden dabei verfolgt: Der Niedergang der Demokratie ist keiner Regression geschuldet, sondern das Ergebnis der gesellschaftlichen Fortentwicklung. Das damit eingeläutete Ende der Demokratie führt auch zum Verfall der Demokratietheorie, die als akademische Disziplin anachronistisch wird.

Veith Selk ist Privatdozent für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt.

Veith Selk
Demokratiedämmerung
Eine Kritik der Demokratietheorie

Suhrkamp

Erste Auflage 2023
suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2417
Originalausgabe
© Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2023
Alle Rechte vorbehalten.
Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks
für Text und Data Mining
im Sinne von § 44b UrhG vor.
Umschlag nach Entwürfen
von Willy Fleckhaus und Rolf Staudt
Druck und Bindung: C. H. Beck, Nördlingen
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-30017-6

www.suhrkamp.de

Inhalt

Einleitung: Demokratie – eine Gestalt, die alt geworden ist?	7
Phänomene des Niedergangs	11
Theorien des Niedergangs	18
Aufbau und Vorgehen	24
I. Die Devolution der Demokratie	31
1.1 Legitimationsprobleme durch Politisierung	31
1.2 Opake Politik: Differenzierung und Komplexität ...	39
1.3 Epistemische Ungleichheit: Kognitionsasymmetrie ..	51
1.4 Das Ende des demokratischen Kapitalismus	65
1.5 Bruchstellen der Demokratie	83
II. Demokratiedämmerung	91
2.1 Die retrograde Revolte: Populismus	92
2.2 Die dünne Ideologie der Expertokratie	114
2.3 Beteiligung nach der partizipatorischen Revolution .	134
2.4 Undemokratische Alternativen	143
2.5 Negativer Sperrklinkeneffekt: das Scheitern demokratischer Politik	150
III. Das Scheitern der Demokratietheorie	175
3.1 Das radikaldemokratische Modell	177
3.2 Das deliberative Modell	194
3.3 Das liberale Modell	218
IV. Strategien der Demokratievergewisserung	249
4.1 Die politische Konstituierung der Demokratietheorie	249
4.2 Strategien der Demokratievergewisserung	255
Epilog: Demokratietheorie in der Paradigmakrise	292
Danksagung	320
Register	321

Einleitung: Demokratie – eine Gestalt, die alt geworden ist?

Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden, und mit Grau in Grau lässt sie sich nicht verjüngen, sondern nur erkennen; die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug.

G. W. F. Hegel

In der politikwissenschaftlichen und demokratietheoretischen Literatur finden sich zunehmend Beiträge, die eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für demokratische Politik sowie eine krisenhafte Transformation liberal-demokratischer Regime diagnostizieren. Sie artikulieren Zweifel an deren Stabilität und Legitimation.¹ Betrachtet man die im Diskurs vorgebrachten Krisen- und Problemdiagnosen, entsteht ein unübersichtliches Bild. Gemeinsam ist vielen jedoch die Skepsis gegenüber der Zukunftstauglichkeit liberal-demokratischer Politik. Fragwürdig geworden ist insbesondere die These, die liberale Demokratie sei durch eine progressive Entwicklungstendenz gekennzeichnet.² Diese *Progressionsthese*, die sowohl in der Demokratietheorie als auch der empirischen Forschung über Demokratie innerhalb und jenseits des Westens prägend gewesen ist, besteht aus drei Annahmen:

- 1 Dirk Jörke, »Liberale Demokratietheorie in der Krise«, in: *Neue Politische Literatur* 67 (2022), S. 249-266. Der Titel dieser Einleitung ist angelehnt an Arthur Benz, »Eine Gestalt, die alt geworden ist? Thesen zum Wandel des Staates«, in: *Leviathan* 40 (2012), S. 223-247.
- 2 Diese These wurde besonders wirkmächtig vertreten von Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992. Kaum eine aktuelle demokratiediagnostische Publikation kommt ohne eine Distanzierung von Fukuyamas These aus. Schlecht gealtert ist auch Larry Diamonds Prognose für die ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts: »Die Welt wird dann einer »vierten Welle« der Demokratisierung entgegensehen, und das wird sehr wahrscheinlich ein Segen sein für internationalen Frieden und Sicherheit, viel tiefgreifender und dauerhafter als gegen Ende des Kalten Krieges«; ders., »Is the Third Wave Over?«, in: *Journal of Democracy* 7 (1996), S. 20-37, hier S. 35. Diese und alle folgenden Übersetzungen aus englischsprachigen Texten von V. S.

- (a) Annahme der *Kumulation von Fortschritten*
- (b) Annahme der *Demokratieimmanenz von Modernisierungsproblemen*
- (c) Annahme der *progressiven Bürgerkompetenz*

Ad (a): Das in der Progressionsthese zum Ausdruck kommende Fortschrittsdenken nimmt erstens an, dass Demokratien politisch auf einen historischen Verlauf setzen könnten, der zu einer Verfestigung einmal erreichter normativer Errungenschaften und Entwicklungsstufen führe. Liberalisierungs- und Demokratisierungsschritte, wie etwa die Ausweitung von Bürgerrechten und Beteiligungsmöglichkeiten, könnten aufgrund eines in der politischen Kultur eintretenden normativen Sperrklinkeneffekts nicht mehr rückgängig gemacht werden. Zudem komme es zu einer stetigen Verfestigung und Ausweitung einmal eingeführter Errungenschaften, weil Liberalisierung selbstverstärkend wirke. Kulturelle, ökonomische und politische Liberalisierungen verstärkten sich und sicherten sich wechselseitig ab. Liberalisierungsschritte auf der einen Ebene zögen Liberalisierungsschritte auf den anderen Ebenen nach sich, die wiederum die vorhergehenden Liberalisierungsschübe absicherten. Politische Entwicklung erscheint aus dieser Perspektive als eine Stufenleiter, auf der der Fortschritt durch das Abschreiten aufeinander folgender Stufen verwirklicht wird. Das Ensemble liberaler Demokratie, mit seinen in dieser Denkweise als zusammengehörig erachteten Komponenten Rechtsstaatlichkeit und Konstitutionalismus, sozialer Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat, Parlamentarismus, Repräsentation und Partizipation, erscheint dem liberal-demokratischen Fortschrittsdenken als *progressiv homöostatisch*. Auf der einen Seite sei es selbstverbesserungsfähig und mache fortschrittliche Reformen wahrscheinlich, auf der anderen Seite sei es selbststabilisierend und weise institutionelle Stabilität auf. Der progressive und vor allem auch inklusive Charakter der liberalen Demokratie zeige sich darin, dass die genannten Komponenten zu einer gemeinwohlförderlichen Politik führten. Zwar nimmt auch das demokratieoptimistische Fortschrittsdenken an, dass die Demokratie gegen ihre erklärten Feinde verteidigt werden muss, aber zugleich sieht es die liberale Demokratie als gegenüber konkurrierenden Modellen politisch-gesellschaftlicher Ordnung überlegen an. Es geht davon aus, dass die genannten Komponenten

in ihrem Zusammenspiel als ein Positivsummenspiel wirken, bei dem es keine strukturellen Verlierer gibt.

Ad (b): Das zweite Element der Progressionsthese ist die Annahme, dass ökologische, ökonomische und soziokulturelle Probleme liberaler Modernisierung (wie etwa Konflikte, Umweltzerstörung, soziale Ungleichheit und die Erosion gemeinschaftlicher Bindungen) im Rahmen demokratischer Regime gelöst werden könnten. Der liberalen Demokratie stellten sich nur diejenigen Probleme, die sie lösen kann. Antworten auf Modernisierungsprobleme erscheinen als demokratieimmanent, da diese Probleme in demokratischen Regimen legitim und effektiv lösbar seien. Damit wird in dieser Denkweise die Demokratie nicht nur auf der normativen Ebene als ein Korrelat der modernen Gesellschaft verstanden, sondern sie erscheint auch unter dem Gesichtspunkt der Lösung kollektiver Probleme als *funktionales Korrelat* der Modernisierung.

Ad (c): Drittens beinhaltet die Progressionsthese eine optimistische Anthropologie. Sie beinhaltet ein Menschenbild, das von einer progressiven Bürgerkompetenz und demokratieaffinen Bildungsfähigkeit der Bürgerschaft ausgeht. Die Progressionsthese setzt damit das Entwicklungspotential kultureller, sozioökonomischer und politischer Kompetenzen, die zur Bewältigung des modernisierungsbedingten Wandels notwendig sind, hoch an und schätzt diese Kompetenzen als kurzfristig ausbildbar ein. Zu diesen Kompetenzen zählen die kognitiven und praktischen Fähigkeiten, kulturelle Veränderung, ökonomischen Wandel und politische Konflikte nicht passiv auszuhalten, sondern diese verstehen, beurteilen und aktiv mitgestalten zu können. Die Annahme progressiver Bürgerkompetenz setzt voraus, dass sich die infolge der Modernisierung von den Menschen benötigten Fähigkeiten auch in kurzen Zeiträumen ausbilden. Sie nimmt an, dass sich die Menschen in einer kulturell dynamischen, ökonomisch flexiblen und politisch unübersichtlichen Welt behaupten und die Normen kultureller Expression, wirtschaftlicher Effektivität und demokratischer Beteiligung erfüllen können.

Diese hier idealtypisch umrissene, demokratieoptimistische Progressionsthese bildete eine Hintergrundannahme der Demokratie-

theorie und des politischen Bewusstseins innerhalb demokratischer Regime. Durch die Wandlungsprozesse dieser Regime und ihrer kulturellen, ökologischen wie sozioökonomischen Rahmenbedingungen wird sie nun als fragwürdig bewusst.³ Sie lässt sich nicht mehr so leicht mit der politischen Erfahrung in Einklang bringen. Sie erscheint als problematisch und gerät in den Strudel politischer Konflikte und Deutungskontroversen. Die seit einiger Zeit vermehrt geäußerten Zweifel an der Zukunftstauglichkeit der Demokratie sind Ausdruck dieses Bewusstseinswandels. Damit tritt wieder verstärkt ins politische Bewusstsein, dass bisher erreichte Fortschritte vor »Regression« nicht gefeit sind.⁴ Mehr noch: Es gibt wenig Anzeichen dafür, dass sich die Probleme der fortschreitenden Modernisierung im Rahmen liberal-demokratischer Regime lösen ließen. Das zeigen die Beispiele des nicht nachhaltigen Umgangs mit der natürlichen Umwelt⁵ und der anhaltenden, die politische Legitimität demokratischer Regime bedrohenden sozioökonomischen Ungleichheit hinsichtlich Einkommen und Vermögen.⁶ Es wird auch mit Blick auf die bestehende Bildungsungerechtigkeit und die zunehmend ungleich verteilten soziokulturellen Entfaltungsmöglichkeiten deutlich. Die Errungenschaften moderner demokratischer Gesellschaften erscheinen nicht mehr als wechselseitig stabilisierend.⁷

3 Vgl. mit ähnlicher Stoßrichtung Ingolfur Blühdorn, »Recreational Experimentalism at the Abyss: Rethinking the Sustainability Crisis and Experimental Politics«, in: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 19 (2023), S. 46–60.

4 Heinrich Geiselberger (Hg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin 2017.

5 Ingolfur Blühdorn u. a., *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*, Bielefeld 2020.

6 Kenneth Scheve, David Stasavage, »Wealth Inequality and Democracy«, in: *Annual Review of Political Science* 20 (2017), S. 451–468.

7 Vgl. hierzu auch Luhmann: »Jedenfalls muss man die Vorstellung aufgeben, die die Modernisierungsforschung nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst beherrscht hatte, die Vorstellung nämlich, dass die Modernisierungstrends in den einzelnen Funktionssystemen, sprich: politische Demokratie, marktorientierte Geldwirtschaft, Rechtsstaat, dogmatisch unbehinderte wissenschaftliche Forschung, unzensurierte Massenmedien, Schulbesuch der gesamten Bevölkerung nach Maßgabe ihrer individuellen Fähigkeiten etc., einen Entwicklungsschub auslösen würde, in dem die Errungenschaften der einzelnen Funktionssysteme einander wechselseitig stützen und bestätigen würden. Eher ist das Gegenteil wahrscheinlich«, Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1997, S. 568.

Die Erzählung von der unangefochtenen normativen Vorzugswürdigkeit der Demokratie, der bestmöglichen Legitimation mittels demokratischer Verfahren, der Problemlösungsfähigkeit demokratischer Regime sowie der Entstehung flexibler, anpassungsfähiger und gestaltungsfreudiger politischer Subjekte ist dadurch fragwürdig geworden. Daraus ergibt sich insgesamt eine *Demokratiskepsis*. Ich werde im Folgenden argumentieren, dass diese Skepsis begründet ist. Zum einen sind die demokratischen Regime einem Prozess unterworfen, den ich als *Devolution* bezeichne. Er zersetzt die Grundlagen demokratischer Politik und Legitimation. Zum anderen wird die Demokratietheorie als die zentrale theoretische Reflexionsinstanz der Demokratie infolge der Devolution unplausibel. Sie scheitert dabei, unsere politischen Regime, die wir aus normativen Gründen und gewohnheitsmäßig als Demokratien bezeichnen, in wissenschaftlich valider Weise als Demokratien zu beschreiben. Die Demokratietheorie gerät dadurch in eine *Paradigmakrise*. Bevor ich diese beiden Thesen entwickle, will ich zunächst Indizien für die behauptete Demokratiskepsis anführen. Anschließend zeige ich, dass sich auch im demokratietheoretischen Diskurs bereits Niedergangsdiagnosen und damit Absetzbewegungen vom Paradigma der Demokratietheorie beobachten lassen. Anknüpfend an die Theorien des Niedergangs umreißt ich dann meine Perspektive auf die Devolution der Demokratie. Ich schließe mit einem Überblick über den Aufbau und das Vorgehen der Arbeit.

Phänomene des Niedergangs

Sichtet man die politikwissenschaftliche Literatur, so werden darin Phänomene beschrieben, die sich als Anzeichen einer demokratieaversen Entwicklung zeitgenössischer politischer Regime deuten lassen.

Institutionell haben sich transnationale Verfassungs- und Regimeformen herausgebildet, die jenseits des Nationalstaates angesiedelt sind und zu einer Verschiebung politischer Grenzen geführt haben.⁸ Mit Blick auf diese Entwicklung wird argumentiert, dass

8 Horst Dreier, »Vom Schwinden der Demokratie«, in: Friedrich Wilhelm Graf, Heinrich Meier (Hg.), *Die Zukunft der Demokratie. Kritik und Plädoyer*, München 2018, S. 29–81.

insbesondere in der Europäischen Union der Raum des demokratisch Gestaltbaren durch die Konstitutionalisierung einer Marktverfassung⁹ und die Überdehnung des politischen Raumes¹⁰ weitgehend eingeschränkt worden ist.

Auf der Ebene des *Regierens* sind demokratisch legitimierte Regierungen mit einer zunehmenden Informalisierung des politischen Handelns und Differenzierung der Regierungstätigkeit konfrontiert, die durch das Vordringen netzwerkförmiger Politik im Kontext von Governance-Strukturen entstehen.¹¹ Dadurch verschwimmen die Grenzen zwischen formeller Beteiligung an der Willensbildung und der informellen Meinungsbeeinflussung und Urteilsbildung in der Öffentlichkeit, die im Modell der repräsentativen Demokratie für die demokratische Legitimation als essentiell angesehen werden.¹² Infolge dieses *blurring of lines* weicht der reale politische Prozess von dem Begriff der repräsentativen Demokratie signifikant ab und lässt sich mit den demokratischen Kategorien der Elitenkontrolle, der Verantwortung, der Zurechenbarkeit und der Volkssouveränität nicht mehr adäquat beschreiben.¹³

Vor diesem Hintergrund entstehen in den westlichen Demokratien Formen einer zivilgesellschaftlichen »Gegenpolitik«.¹⁴ Sie sind kein ergänzendes Komplement der repräsentativen Institutionen, sondern bringen ein fundamentales Misstrauen gegenüber diesen zum Ausdruck. Sie tendieren dazu, »die Attribute der Zugehörigkeit zu einer *gemeinsamen* Welt aufzulösen«.¹⁵ Praktiken der Gegenpolitik reagieren zwar auf wahrgenommene Demokratiemängel, sie sind aber »ungeeignet, ein kollektives Projekt zu befördern und zu

9 Dieter Grimm, *Europa ja, aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie*, München 2016.

10 Dirk Jörke, *Die Größe der Demokratie. Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation*, Berlin 2019.

11 Stephan Bröckler, Hans-Joachim Lauth (Hg.), »Von Government zu Governance. Informales Regieren im Vergleich«, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8 (2014), Sonderheft 4.

12 Nadia Urbinati, *Me the People. How Populism Transforms Democracy*, Cambridge, London 2019, S. 174 ff.

13 Arthur Benz, »Blockiert durch Komplexität? Demokratie in Mehrebenensystemen föderaler und transnationaler Politik«, in: *Vorgänge* 49 (2010), S. 64–72.

14 Pierre Rosanvallon, *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens*, Hamburg 2017, S. 26.

15 Ebd.

strukturieren«. ¹⁶ Gegenpolitiken sind Ausdruck einer Zerkleinerung und Dezentrierung von Politik, so dass diese nicht mehr als ein umfassender Rahmen oder gemeinsamer Bezugspunkt demokratischer Praktiken und als Quelle bürgerschaftlicher Vergemeinschaftung fungiert. ¹⁷ Die veränderte Struktur der politischen Willensbildung und Entscheidung, die vom Modell repräsentativer Parteiendemokratie abweicht, sowie das sich ausbreitende politische Misstrauen gegenüber berufspolitischen Repräsentanten begünstigt das Aufkommen neuer politischer Akteure, die sich als *antipolitische Opposition* zu den etablierten Verfahren, Institutionen und Akteuren der liberal-repräsentativen Demokratie verstehen. ¹⁸ Der Populismus weist Überschneidungen mit diesen Akteuren auf, denn er kann insbesondere mittels einer Anti-Establishment-Rhetorik Mobilisierungserfolge erzielen. Er wird in diesem Kontext als eine Bedrohung liberaler Demokratien wahrgenommen, weil er sich als eine Alternative zur liberal-repräsentativen Demokratie und der politischen Klasse in Stellung bringt. ¹⁹

Soziokulturell haben sich aufgrund der fortschreitenden liberalen Modernisierung die normativen Orientierungen innerhalb der demokratischen Bürgerschaften verändert. In Teilen von ihr nehmen der Individualismus, die Ablehnung gemeinschaftsorientierter Normen und kosmopolitische Einstellungen zu, ²⁰ in anderen Teilen gewinnen die Orientierung an der Nation und an ethisch konnotierten Begriffen von politischer Gemeinschaft größere Bedeutung. ²¹ Auf der Einstellungsebene entspricht dem eine Spaltung zwischen Befürwortern und Gegnern von liberaler Modernisierung. Diese ist mittlerweile politisiert worden. ²²

Durch den dadurch begünstigten *Aufstieg des Rechtspopulismus* wird insbesondere die Ablehnung der liberalen Modernisierung

16 Ebd., S. 27.

17 Jean-Marie Guéhenno, *Das Ende der Demokratie*, München, Zürich 1994, S. 53.

18 Jacques de Saint-Victor, *Die Antipolitischen*, Hamburg 2015.

19 Urbinati, *Me the People*.

20 Paul Howe, »Eroding Norms and Democratic Deconsolidation«, in: *Journal of Democracy* 28 (2017), S. 15-29.

21 Francis Fukuyama, *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet*, Hamburg 2019, S. 151 ff.; Michael Wildt, *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Hamburg 2017.

22 Hanspeter Kriesi, »Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values«, in: *West European Politics* 33 (2010), S. 673-685.

durch die sich als Verlierer verstehenden Menschen artikuliert und verstärkt.²³ Der elektorale Erfolg rechtspopulistischer Parteien führte zur Entstehung illiberaler Regime beziehungsweise zu einem »populistischen Konstitutionalismus«,²⁴ der liberale Rechte und den Parteienwettbewerb einschränkt.

Im Kontext der *Digitalisierung der politischen Kommunikation* kommt es zu einer Fragmentierung der politischen Öffentlichkeit und einer Zerfaserung der öffentlichen Meinung. Dies ist vor allem der Ausbildung zahlreicher Teil- und Gegenöffentlichkeiten und der Nutzung von *Many-to-many*-Medien geschuldet.²⁵ Die Digitalisierung politischer Kommunikation wurde von manchen sozialwissenschaftlichen Beobachtern zunächst verhalten optimistisch bewertet. Wie nun sichtbar wird, verträgt sie sich jedoch nicht mit der vor allem in der demokratietheoretischen Literatur sowie in der öffentlichen Kommunikation von Amtsträgern und von Leitmedien formulierten Erwartung an eine deliberative, auf Konvergenz hin ausgerichtete Meinungs- und Willensbildung. Die Vielstimmigkeit politischer Kommunikation und das Bewusstsein ihrer medialen Konstruiertheit desavouieren den in der politischen Praxis gängigen Rekurs politischer Eliten auf »den Volkswillen«, weil die kohärente Konstruktion eines Volkswillens und einer öffentlichen Meinung nicht mehr möglich ist.²⁶

Weltpolitisch findet eine allmähliche Verlagerung der globalen Machtschwerpunkte statt, wodurch undemokratische Ordnungen an Bedeutung gewinnen.²⁷ Hierbei erfährt vor allem das chinesische Modell eines adaptiv lernenden Autoritarismus Aufmerksamkeit,²⁸ das sich vom weniger attraktiven (aber dennoch beharrungskräf-

23 James L. Guth, Brent F. Nelsen, »Party Choice in Europe: Social Cleavages and the Rise of Populist Parties«, in: *Party Politics* 27 (2019), S. 453-464.

24 Paul Blokker, »Populist Constitutionalism«, in: Carlos De la Torre (Hg.), *Routledge Handbook of Global Populism*, London, New York, S. 113-127.

25 Stephen Coleman, Deen Freelon, »Introduction: Conceptualizing Digital Politics«, in: dies. (Hg.), *Handbook of Digital Politics*, Cheltenham 2016, S. 1-13.

26 Vgl. bereits Thomas Meyer, *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, Frankfurt/M. 2001.

27 Michael Zürn, »Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 52 (2011), S. 603-635; John Keane, *The New Despotism*, Cambridge, London 2020.

28 Sebastian Heilmann, Elizabeth Perry (Hg.), *Mao's Invisible Hand. The Political Foundations of Adaptive Governance in China*, Cambridge, London 2011.

tigen) »resilienten Autoritarismus« alter Prägung unterscheidet.²⁹ Trotz der in Öffentlichkeit wie Politikwissenschaft artikulierten Warnungen vor einer Aufwertung illiberaler und autoritärer Regierungsformen werden im Zuge dessen nun auch undemokratische Regierungs- und Legitimationsformen als Alternative oder zumindest als eine Ergänzung zur demokratischen Herrschaft diskutiert, mit Blick auf die Volksrepublik China etwa in Form paternalistischer Repräsentation und meritokratischer Legitimation und Elitenrekrutierung.³⁰

Ökonomisch sind sowohl das sozialdemokratische als auch das neoliberale Modell des demokratischen Kapitalismus in der Krise.³¹ In der Literatur ist zwar nicht strittig, dass es in den vergangenen Dekaden mit Blick auf ethnische und geschlechtliche Dimensionen von Ungleichheit erhebliche Fortschritte erzielt werden konnten, aber diese gingen einher mit der Herausbildung einer Gesellschaftsstruktur, die von größer werdenden Gruppen als eine »Abstiegsgesellschaft«³² und damit als Form relativer Deprivation gedeutet wird. Relative Deprivation ist das Resultat einer Schlechterstellung, die konträr zu subjektiv gehegten, aber auch intersubjektiv über Bildungssymbole, Berufspositionen und den Bürgerschaftsstatus vermittelten Ansprüchen sowie durch kulturell geprägte Erwartungen an ein gutes Leben verläuft. Gestiegene oder eingewöhnte Ansprüche treffen auf geschrumpfte Verwirklichungsmöglichkeiten.³³ Aus dem Zusammentreffen von erfahrenem oder erwartetem Verlust ergibt sich ein gestiegenes Potential einer demokratieaversen Politisierung der Angst vor sozioökonomischem Abstieg und Statusverlust.³⁴

29 Ivan Krastev, »Paradoxes of the New Authoritarianism«, in: *Journal of Democracy* 22 (2011), S. 5-16.

30 Daniel A. Bell, »Comparing Political Values in China and the West: What Can Be Learned and Why it Matters«, in: *Annual Review of Political Science* 20 (2017), S. 93-110.

31 Claus Offe, »2 ½ Theories on Democratic Capitalism«, in: *IWM Post* 109 (2012), S. 2-4.

32 Oliver Nachtwey, *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin 2016.

33 Vgl. Robert K. Merton, »Social Structure and Anomie«, in: ders., *Social Theory and Social Structure*, New York 1968, S. 85-214, hier S. 188.

34 Michelle Jackson, David B. Grusky, »A Post-Liberal Theory of Stratification«, in: *The British Journal of Sociology* 69 (2018), S. 1096-1133.

Ökologisch befördern die stärker ins Bewusstsein drängende Ökologieproblematik im »Verwüstungsanthropozän«³⁵ und das globale Problem des anthropogenen Klimawandels die *Entwertung demokratischer Legitimation und Politikgestaltung*. Diese werden als unterkomplex und nicht problemadäquat beschrieben. Befördert durch die Zunahme politischer Komplexität und die Behauptung der Notwendigkeit fachspezifischer Expertise auf immer komplizierter erscheinenden Politikfeldern, führt dies dazu, dass mit Blick auf die westlichen Demokratien in der Sozialwissenschaft die Ausweitung expertokratischer Formen der Legitimierung und des Regierens vorgeschlagen wird.³⁶

Die Aufwertung expertokratischer Politikmodelle und die Entwertung demokratischer Politik finden nicht nur im Kontext akademischer Debatten statt, sondern sie erfolgen auch vor dem Hintergrund einer selbst im expertokratischen Modus stattfindenden Krisenpolitik in der Europäischen Union. Zwar lässt sich auch in den Bürgerschaften der europäischen Staaten weiterhin eine hohe Zustimmung zu demokratischen Prinzipien feststellen, aber zugleich kommt es zu einem Rückgang des Vertrauens in demokratische Institutionen und Regierungen³⁷ und es lässt sich eine hohe Unzufriedenheit mit der Funktionsweise realexistierender Regime beobachten.³⁸ Merkel und Krause sprechen von einer »schleichende[n] Entdemokratisierung des Wertesystems der Bürger«,³⁹ da das »Vertrauen in die majoritären Kerninstitutionen Parteien, Parla-

35 Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), *Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen. Zur Legitimation von Umweltpolitik*, Berlin 2019, S. 14.

36 Helmut Willke, *Demokratie in Zeiten der Konfusion*, Berlin 2014; ders., *Dezentrierte Demokratie. Prolegomena zur Revision politischer Steuerung*, Berlin 2016. Nicht nur in der wissenschaftlichen Diskussion, auch auf dem populären Sachbuchmarkt treffen Bücher mit einer explizit antidemokratischen Ausrichtung auf Interesse, siehe Markus Krall, *Die bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten*, Stuttgart 2020; Jason Brennan, *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*, Berlin 2017.

37 Klaus Armingeon, Kai Guthmann, »Democracy in Crisis? The Declining Support for National Democracy in European Countries«, 2007-2011, in: *European Journal of Political Research* 53 (2014), S. 423-442.

38 Hanspeter Kriesi, »Is There a Crisis of Democracy in Europe?«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 61 (2020), S. 237-260.

39 Wolfgang Merkel, Werner Krause, »Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürgern«, in: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2015, S. 45-65, hier S. 59.

mente und Regierungen sinkt, während das Vertrauen in nichtmajoritäre Institutionen wie Militär, Polizei und Justiz zunimmt.«⁴⁰ Diese Einstellungsmuster zeigen sich nicht nur an den Rändern der Elektorate, sondern treten auch bei denjenigen auf, die sich der Mitte zugehörig empfinden.⁴¹

Prognostisch lässt sich feststellen, dass sich Huntingtons »Dritte Welle« der Demokratisierung in eine »Umkehrungswelle«⁴² verwandeln könnte, da sich global gesehen die Demokratie seit über einer Dekade auf dem Rückzug befindet. Nicht nur büßen semi-kompetitive Regime ihre pluralistischen Elemente ein und die autoritären Regime werden noch autoritärer,⁴³ auch mit Blick auf liberale Demokratien findet eine »Evolution des Niedergangs«⁴⁴ statt, die auch vormals als stabilisiert geltende Demokratien erfasst hat. Damit mehren sich auch in westlichen Demokratien die Anzeichen für eine Dekonsolidierung.⁴⁵ Auf der Mikroebene der Einstellung und des Verhaltens lässt sich die Dekonsolidierung an der Zunahme demokratieskeptischer Einstellungen festmachen. Stichworte hierfür sind: Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der demokratischen Regime, Vertrauensverlust gegenüber Institutionen und Eliten sowie Rückgang der abstrakten Zustimmung zu demokratischen Werten und Prinzipien; auf der Mesoebene von Institutionen und intermediären Organisationen manifestiert sie sich als eine Schwächung demokratischer gegenüber undemokratischen Institutionen und Organisationen; auf der Makroebene der Regime und der breiten gesellschaftlichen Entwicklungstrends schließlich verschlechtern sich die demokratische Regime stützenden Kontextbedingungen.

40 Roberto S. Foa, Yasha Mounk, »The Danger of Deconsolidation«, in: *Journal of Democracy* 27 (2016), S. 5-17.

41 David Adler, »The Centrist Paradox. Political Correlates of the Democratic Disconnect«, SSRN 2018, (https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3214467), letzter Zugriff 03. II. 2022.

42 Samuel P. Huntington, »Democracy's Third Wave«, in: *Journal of Democracy* 2 (1991), S. 12-34, hier S. 17 f.

43 Larry Diamond, »Breaking Out of the Democratic Slump«, in: *Journal of Democracy* 31 (2020), S. 36-50, hier S. 37 f.

44 Freedom House, *Democracy in Retreat. Freedom in the World 2019*, Washington 2019, S. 4.

45 Roberto Stefan Foa, Yasha Mounk, »The Signs of Deconsolidation«, in: *Journal of Democracy* 28 (2017), S. 5-15.

Ob die *Covid-19-Pandemie* zu einer Verschlechterung der Kontextbedingungen demokratischer Regime beigetragen hat, ist nicht mit Sicherheit auszumachen.⁴⁶ Mit Blick auf den Systemvergleich hatten einige Beobachter befürchtet, eine schlechte Leistungsbilanz liberaler Demokratien im Umgang mit der Pandemie könnte zu einem Legitimitätsverlust demokratischer Regime gegenüber autoritären Regimealternativen führen. Dafür gibt es momentan keine Anzeichen, allerdings hat die Pandemie dazu beigetragen, dass Mängel bei der langfristigen Vorsorgepolitik offenkundig geworden sind. Zudem wurde das Ziel des öffentlichen Gesundheitsschutzes mit sehr tiefgreifenden Grundrechtseingriffen erkaufte. Die Pandemie wirkte sowohl als eine Ursache als auch als ein Katalysator der Demokratieerosion.

Theorien des Niedergangs

Die Eintrübung von Zukunftsaussichten schlägt sich in der Politikwissenschaft und insbesondere innerhalb der Subdisziplin der Demokratietheorie, der zentralen wissenschaftlichen Reflexionstheorie der Demokratie, nieder. Vor dem Hintergrund der oben genannten Prozesse wird dort seit einiger Zeit diskutiert, ob wir es mit einer Transformation, einer Krise oder einem Formwandel der Demokratie zu tun haben – oder aber mit ihrem nahenden Ende. Angestoßen wurde diese Debatte vor allem durch Colin Crouchs Essay *Postdemokratie*.⁴⁷ Die Postdemokratiediagnose gewinnt mehr und mehr Zuspruch. Nach der Dominanz der pluralistischen Demokratietheorie in den 1950er und 1960er Jahren, dem Bedeutungsgewinn der partizipatorischen Demokratietheorie von den 1970er bis zu den 1990er Jahren und der Hegemonie der deliberativen Demokratietheorie in den 2000er Jahren dominieren nun, im Angesicht der obigen Entwicklungstendenzen, ein skeptischer Ton und der Eindruck einer krisenhaften Transformation der Demokratie die Debatte.

In der jüngeren Diskussion über das Wesen und die Ursachen des Demokratieverfalls lassen sich drei Thesen unterscheiden.

46 Heinz Bude, *Pandemie und Gesellschaft. Ein Gespräch über eine Zeitenwende*, Bonn 2021.

47 Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt/M. 2008.

Die *Angriffsthese* konzentriert sich hauptsächlich auf Akteure, sie nimmt die von Crouch prominent angestoßene Diskussion über die Schwächung demokratischer Institutionen nur begrenzt auf.⁴⁸ Nach dieser These, die in den liberalen Beiträgen zum Krisendiskurs dominiert, stellen die Strategien und Handlungsmotive, die von populistischen Führern und Parteien verfolgt werden, um Macht zu erlangen und repräsentativ-pluralistische Willensbildung und Entscheidungsfindung zu verhindern, die zentrale Bedrohung der Demokratie dar.⁴⁹ Dies sei vor allem auf das illiberale Demokratieverständnis des Populismus zurückzuführen. Es diene populistischen Führern als Rechtfertigung für den Versuch, den »leeren Ort der Macht« innerhalb der demokratischen Herrschaftsordnung dauerhaft zu besetzen⁵⁰ und sich mit autokratischen Akteuren zu verbünden. Dieses Bestreben sei deshalb als eine ernsthafte Bedrohung der Demokratie anzusehen, da die etablierten politischen Eliten durch eine übermäßige politische Polarisierung gespalten würden und infolgedessen ihre Funktion des *gate keeping* nicht mehr erfüllen.⁵¹ Verbunden ist hiermit zuweilen ein Deutungsschema, dem zufolge die Demokratie von einer gesellschaftlichen Regression bedroht ist.⁵² Mit diesem Schema werden Angriffe auf die Demokratie als ein Rückfall, als *backsliding* oder als Effekt einstmals überwundener, nun aber wiederkehrender rückschrittlicher Einstellungen und Handlungsmuster gedeutet.

In derjenigen Literatur, die sich stärker auf Crouchs Diagnose bezieht, findet sich eine andere Argumentationslinie. Sie konzen-

48 Eine Ausnahme hiervon stellt der Beitrag von Armin Schäfer und Michael Zürn dar; dies., *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*, Berlin 2021. Schäfer und Zürn diagnostizieren den Angriff eines »autoritären Populismus«, den sie mit der Erosion politischer Gleichheit und der Entmachtung demokratischer Institutionen erklären.

49 Nadia Urbinati, *Democracy Disfigured. Opinion, Truth, and the People*, Cambridge 2014, S. 128-170.

50 Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus?* Berlin 2016; Stefan Rummens, »Populism as a Threat to Liberal Democracy«, in: Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Paulina Ochoa, Pierre Ostiguy (Hg.), *The Oxford Handbook of Populism*, Oxford 2017, S. 554-569.

51 Steven Levitsky, Daniel Ziblatt, *How Democracies Die: What History Reveals About Our Future*, London 2018.

52 So etwa im Titel von Geiselberger (Hg.), *Die große Regression*. Genaugenommen ist das Regressionsschema anachronistisch, da sich die Geschichte nicht wiederholen kann.